

Zeitung des Großherzogthums Posen.



Im Verlage der Hof-Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Redakteur: G. Müller.

Montag den 20. Januar.

Inland.

Berlin den 18. Januar. Se. Majestät der König haben Allergnädigt geruht: Den Land- und Stadtgerichts-Direktor und Kreis-Justizrath Sutbier zu Stuhm zum Direktor des Land- und Stadtgerichts zu Kulm und zum Kreis-Justizrath des Kulmer Kreises zu ernennen; dem Dekonomiekommissarius Karl Eduard Schade zu Züllichau den Charakter als Dekonomie-Kommissions-Rath; und dem Kaufmann und Tuchfabrikanten Emil Pratorius das Prädikat eines Hof-Lieferanten zu verleihen.

Se. Excellenz der Wirkliche Geheim Rath und Ober-Präsident der Provinz Pommern, v. Bonin, ist von Stettin, und der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Wheaton, von Paris hier angekommen.

Wir haben neulich den Ultramontanismus mit seinen Bestrebungen dem Radikalismus mit den seinen gegenübergehalten und ihre innere Ähnlichkeit gezeigt. Die Erfahrung der neuesten Tage hat ihre Verwandtschaft von Neuem in's Licht gestellt. Sie verlangen jetzt beide Pressfreiheit. Der Radikalismus nahm sie offen und frei als ein Menschenrecht in Anspruch. Denn da der Mensch den Mund zum Sprechen, die Hand unter Anderm zum Schreiben, das Auge unter Anderm zum Lesen habe, und ihm die Natur für diese Anlagen ein unbeschränktes Gebiet gegeben habe, so müsse der Mensch auch Alles sagen, schreiben und lesen können, was er wolle, und es dürfe ihn in dem freien Gebrauche

auch keine geistige Macht beschränken, so wenig als ihn die Natur beschränke. Zudem müsse der Geist zur freien Aeußerung seines gesammten innern Lebens kommen, und es könne ihm nicht von einer äußern Macht ein Maß dafür vorgeschrieben werden. Die Erfahrung hat diesem Grundsatz gegenüber gezeigt, daß wo die Regierungen Pressfreiheiten gaben, die Faktionen und die Privatleute sie dem Volke wieder entrißen, die für ihre Partei oder für den eigenen Gewinnst ein Organ zu gründen wußten; die Erfahrung hat gezeigt, daß die besten Gedanken nicht verloren gegangen sind, wo die Regierung keine Pressfreiheit in dem ausschweifenden Sinne gewährte, wohl aber die freie Aeußerung zuließ, sobald sie auf überzeugenden Gründen ruhte und nicht auf Aufregung der Gemüther berechnet war. Denn ein Staat und seine materiellen und geistigen Interessen können nicht durch Phantasie, überreiztes Gefühl und Uebereilung geordnet und regiert werden, sondern nur durch den klaren, überzeugten und überzeugenden Gedanken, und auch nur dieser ist werth, ausgesprochen, geschrieben und dem Volke vorgelegt zu werden. Auf die Kritik des Grundsatzes wollen wir heute nicht eingehen, denn wir haben es nur mit der Partei zu thun, welche Pressfreiheit verlangt, nicht aus allgemeinen, aus der Sache geschöpften Gründen, wie sie selbst sagt, sondern weil unter den dermaligen Umständen die Censur eine rechtliche und moralische Unmöglichkeit geworden sei. Die Pressfreiheit ist für diese Partei ein Mittel, wie sie, genau besehen, auch für den Radikalismus ein Mittel ist, seine Tyrannei zur Geltung zu bringen. Von beiden Parteien gilt, was das Journal des Debats kürzlich von den

Jesuiten sagte, die Freiheit sei bei ihnen nicht das letzte Wort; „ist ihr Reich einmal gegründet, so wird man bald sehen, wie sie die Freiheit achten werden.“ Ueber die Tauglichkeit dieses Mittels ist die Partei, deren Forderung wir heute beleuchten wollen, freilich selbst nicht einig; denn Einige verlangen noch strengere Beschränkung der Presse. Was nun zunächst dieses Verlangen betrifft, so ist wohl von selbst einleuchtend, daß die Grenzen, innerhalb deren die Handhabung der Censur sich halten soll, nicht von einer Partei bestimmt werden können, sondern nur aus dem höhern Gesichtspunkt des Staatenganges hergenommen werden dürfen. Die sittliche Lebenseinheit des Staats, in welcher alle höchsten Interessen des Volks zusammengefaßt sind, ist das innere Gesetz und Maß der Censur, die nur als äußere Vorschrift das innere Gesetz der geistigen Thätigkeit selbst repräsentiren soll; der Staat leidet keinen Angriff auf jene Interessen, die er als sittliche Einheit zusammenbindet, denn er würde in ihnen selbst angegriffen sein. Wenn er daher das wahre Interesse des Katholizismus irgendwo wirklich gefährdet erachtete, wenn er Religion und Sittlichkeit wirklich angetastet fände, so würde er seine Macht von selbst gegen jenen Angriff wenden, aber bis jetzt sieht sich bloß eine Partei in ihrem Treiben durch die Presse bedrängt, und muß sich vielmehr selbst die Schuld davon zumessen, anstatt sie dem Staate aufzubürden. Deutlicher spricht die Absicht aber die Forderung nach Pressfreiheit aus. Sie selbst ist es, die offen und ungezügelt, bei der dormalen vorhandenen Aufregung der Gemüther auf Empfänglichkeit rechnend, ihre letzten Konsequenzen an den Tag bringen möchte. Sie selbst ist es, die sich vom Staate und seinen umfassenden sittlichen Zwecken beengt fühlt, und die den Wunsch und die kühne Hoffnung hat, sich die Herrschaft über die Geister zu verschaffen, so wie die Schranke fällt, welche der Staat ihrer Agitation entgegensetzt. Denn sie sagt es selbst, sie verlangt nicht Pressfreiheit als ein Recht aus allgemeinen Gründen, sondern weil sie sich jetzt nicht ganz aussprechen kann. Sie will mit den Waffen des Geistes in die Schranken treten und beklagt sich, daß ihr die Gründung katholisch-politischer Zeitungen erschwert werde. Katholisch-politische Zeitungen!? Welche Politik ist es, die der Katholizismus als solcher heute aufstellen will? Oder giebt sich die Partei nicht hierin deutlich zu erkennen, daß sie unter der Firma des Katholizismus will politisch sein und eine Politik ausbilden? Seit dem Ende des fünfzehnten Jahrhunderts haben die Völker Europa's einen großen Schritt in der Politik gethan; die Staaten suchten in sich das Centrum, nicht in Rom. — Das ist die Politik aller Staa-

ten gewesen, der katholisch gebliebenen, wie der protestantischen; und alle Staaten, ohne Unterschied der Konfession, haben seitdem die Fortschritte in der Politik, sowohl in der eignen innern Organisation als in ihrer Stellung zu einander, gleicher Weise bei sich aufgenommen. Eine Politik des Katholizismus könnte nur die des Papstes Bonifacius VIII. sein, und diese hat schon seit vielen Jahrhunderten keine Stelle mehr in unsern Staaten. Aber es ist bezeichnend, daß diese Partei sich nicht sowohl mit der Religion, als mit der Politik zu thun macht. Sonst sagte sie immer etwas Anderes, als sie will; jetzt aber wird sie im Drange der Umstände offen, und erklärt ihre Ansichten. Sie will in völlig freier, durch keine präventive Polizei, durch keine mittelst Censur eingezwängte Erörterung rückhaltlos ihre Prinzipien und ihre Politik auslegen. Es muß Vieles und Großes sein, was sie noch zu sagen hat, denn fürwahr der Rheinische Verlagsmittelpunkt in Mainz und der in Regensburg, der „Katholik“ des Hrn. Sausen, die „Sonntagsblätter“ des Hrn. Himoblen, die Augsburger Postzeitung, die historisch-politischen Blätter und viele andere Blätter haben schon genug gesagt, und sie haben durch ihren grellen Ton und durch ihre Streitsucht, durch ihren fanatisirenden Eifer und ihre aufregende Schreibart schon manches friedliebende Gemüth, dem es wirklich um die Religion zu thun war, von sich abgestoßen. Was hat die Partei noch im Rückhalt, was sie bisher nicht sagen durfte, was sie zu sagen sich scheute vor der Gewalt, welche die sittliche Einheit des Volkes repräsentirt?

Berlin den 15. Jan. Die Allg. Preuß. Ztg. enthält nachstehenden Artikel: In der Relation, welche die Preussische Staats-Zeitung vom 5. November 1842 (Nr. 307) über die Sitzung der ständischen Ausschüsse vom 26. Oktober desselben Jahres giebt, wird mir die Aeußerung zugeschrieben: „daß die Einnahmen des Preussischen Staats in einem siebenjährigen Zeitraum um mehr als $5\frac{1}{2}$ Million jährlich gestiegen.“ Die offenbar auf einem Versehen beruhende irrige Stellung des Wortes „jährlich“ giebt dieser Mittheilung den irrigen Sinn, als sei in jedem Jahre des erwähnten siebenjährigen Zeitraums eine Steigerung der Staats-Einnahmen um mehr als $5\frac{1}{2}$ Million eingetreten. Obwohl nun der gedachte Irrthum Jedem, welcher die von drei zu drei Jahren durch die Gesetz-Sammlung publicirten Staatshaushalts-Etats beachtet, sogleich auffallen und als solcher anerkannt werden muß, so ist doch jene heilswidrige Nachricht in eine unter dem Titel: „Preussische Zustände“ kürzlich erschienene

Schrift von C. J. Bergius aufgenommen und zu eben so unrichtigen Schlussfolgerungen benutzt worden. Nicht minder hat derselbe in einem aus der Rhein=Provinz vom 7. d. M. datirten Artikel der diesjährigen Kölnischen Zeitung (Nr. 9) Eingang gefunden.

Ich sehe mich dadurch veranlaßt, zur Berichtigung dieses Irrthums nachstehend aus dem Protokolle über die Sitzung der ständischen Ausschüsse vom 26. Oktober 1842 diejenige Stelle zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, welche sich auf die damals zwar nicht von mir, wohl aber in meinem Auftrage von dem Herrn General=Direktor der Steuern an die ständischen Ausschüsse gerichtete Eröffnung über die allmälige Steigerung der Staats=Einnahmen bezieht. Diese Stelle lautet wörtlich folgendermaßen:

„Der anwesende Herr General=Direktor der Steuern ergänzte, nach Aufforderung des Herrn Ministers, diesen Vortrag durch einen speziellen Nachweis der konsequenten Steigerungs=Verhältnisse der Staats=Einnahmen seit einer Reihe von Jahren. Es haben dieselben nach dem Etat für den Staatshaushalt betragen:

für das Jahr 1835	51,740,000	Rthlr.
„ „ „ 1836	51,957,000	„
„ „ „ 1837	52,488,000	„
„ „ „ 1838	52,681,000	„
„ „ „ 1839	53,475,000	„
„ „ „ 1840	54,855,000	„
„ „ „ 1841	55,867,000	„
„ „ „ 1842	57,402,000	„

und sind daher innerhalb sieben Jahren gewachsen um 5,662,000 Rthlr.

Der Vortragende knüpfte daran die Voraussetzung, daß diese nachhaltigen Zuflüsse der Finanzquellen nicht versiegen würden, so lange die Segnungen des Friedens und das Walten eines weisen Königs dem Vaterlande bewahrt blieben.“

Meinerseits findet sich keine Äußerung in dem Protokoll, welche zu dem Mißverständniß Veranlassung gegeben haben könnte.

Berlin, den 15. Januar 1845.

Der Staats= und Kabinetts=Minister

Bodelschwingh.

Berlin. — Das Unwohlsein des Staatsministers Rother scheint zur allgemeinen Freude von keiner Bedeutung zu sein; am 17ten d. M., an welchem Tage es 25 Jahre werden, daß dieser verdienstvolle Staatsdiener Präsident der Hauptverwaltung der Staatsschulden, so wie Chef der Seehandlung und der Hauptbank ist, soll ihm ein großes Fest gegeben werden. — Die Ober=Präsidenten der Provinz Preußen, Sachsen und Posen sind hier

eingetroffen, um mündliche Instruktionen zu dem im künftigen Monat zu eröffnenden Provinzial=Landtag entgegen zu nehmen. Man glaubt, daß zu dem nämlichen Behuf auch die Ober=Präsidenten der übrigen 5 Provinzen hierher kommen werden. — Seitdem an Sonn= und Festtagen die Börse geschlossen bleibt, versammeln sich die Börsenmänner an gedachten Tagen in einem renommirten Kaffeehause, wo ungeachtet der Heilighaltung der Sonn= und Festtage bedeutende Geschäfte abgeschlossen werden. Gestern wurde die vom Bankierhause Bethmann zu Frankfurt a/M. negociirte Sardinische Anleihe von drei Millionen Gulden zuerst an diese Privatbörse gebracht und die Loose zu sehr hohen Coursen gekauft. Viele Spekulantengingen die Verpflichtung ein, diese Papiere schon im Monat Februar zu 12 $\frac{1}{2}$ abzunehmen. (Bresl. Ztg.)

Berlin. — Die sehnlich erwartete neue Gewerbeordnung wird nächstens erscheinen Mit ihrer Bearbeitung waren die Geh. Räte Bornemann und Mathis beauftragt, welche von Zeit zu Zeit Sachverständige und namentlich mehrere Glieder des hiesigen Magistrats zum Beirath hinzuzogen. So viel wir hören, ist die Reform der bisherigen Gesetzgebung auf diesem Gebiete gerade nicht sehr tiefgehend und umfassend; doch hat man den großen Mißverhältnissen des gewerblichen Lebens eine ernste Sorge gewidmet und die möglichste Beseitigung vieler Uebel streng ins Auge genommen. Namentlich soll nach der neuen Anordnung den Magistraten der Städte die Befugniß ertheilt werden, rücksichtlich der Zahl der Gewerbetreibenden in den einzelnen Fächern gewisse Beschränkungen eintreten zu lassen; nicht minder wichtig und einem längst gefühlten Bedürfnisse nachkommend, ist die Bestimmung, daß Niemand ein bürgerliches Geschäft unternehmen darf, der nicht seine persönliche Befähigung und Tüchtigkeit dazu vollständig nachweist. Hierdurch ward dem großen Mißbrauch vorgebeugt, daß, wie es jetzt so häufig geschieht, Kapitalisten, die dem technischen Betriebe ganz ferne stehen, Geldspekulanteng aller Art sich in die Städte eindringen, gewerbliche Anlagen im Großen machen, beschäftigungslose Arbeiter für geringen Lohn an sich ziehen, die ganze einheimische Concurrrenz der kleinen Meister vernichten, die Zahl der Verarmten mehren und dem Publikum am Ende statt tüchtiger, mit Fleiß und Mühe gefertigter Arbeit, leicht zusammengefügtten Flitterstaat liefern.

Berlin. — (Rh. B.) Die in Koblenz erscheinende Rhein= und Mosel=Zeitung läßt sich in ihrer Nummer vom 3. Jan. aus Trier von einem „Bethause, welches für die evangelischen Glaubensverwandten“ dort erbaut

würde und wozu des Königs Majestät ein Gnaden-Geschenk bewilligt habe, schreiben. Was würde die Rhein- und Mosel-Zeitung dazu sagen, wenn man den Bau einer katholischen Kirche in einer protestantischen Stadt als den eines Bethauses der katholischen Glaubensverwandten bezeichnen wollte? Ist sie mit den ausdrücklichen Bestimmungen des westphälischen Friedens und der deutschen Bundes-Akte völlig unbekannt geblieben? Ist das der Geist der christlichen Liebe und der dem 19. Jahrhundert ansehenden Toleranz, welcher aus ihr redet? Und wie paßt das zu der strengen Geseglichkeit, welche diese Zeitung für das Gebiet der Presse fordert, indem es gegen die Blätter, welche ihr, weil sie gewisse Pläne enthüllen, unangenehm werden, die Hülfe des Staates anruft?

Breslau den 15. Jan. Das feierliche Geläute aller Glocken der hiesigen Domkirche verkündigt so eben 11 $\frac{3}{4}$ Uhr die Wahl des neuen Fürst-Bischofs. Dieselbe ist auf den Hochwürdigsten Herrn Melchior von Diepenbrock, Domdechanten zu Regensburg, einen durch Adel des Geistes, durch Ernst und Würde des Charakters und tiefe Studien ausgezeichneten Mann*), gefallen. Die Wahl erfolgte in folgender Weise. Um 8 Uhr versammelten sich die sämmtlichen, sowohl wirklichen als Ehren-Domherren, 13 an der Zahl, im Kapitular-Saale, wohin der Königl. Wahl-Kommissarius, der Wirkliche Geh. Ober-Justizrath u. Herr von Düesberg durch die Herren Domkapitularen Gärth und Ritter zu Wagen aus der fürstbischöflichen Residenz, wo derselbe seine Wohnung genommen hatte, abgeholt wurde. Dort angekommen, wurde Hochderselbe von diesen in die Kapitular-Versammlung geleitet. Der Königl. Wahl-Kommissarius übergab hier dem Hochwürdigsten Praeses Capituli Herrn Weihbischof Latuffek seine Credentiales, welcher die gleichzeitige Anrede des Königl. Kommissarius beantwortete. Bald nach Eintritt des Königl. Wahl-Kommissarius im Kapitularsaale versammelte sich vor demselben der übrige Clerus mit dem silbernen Kreuz, und geleitete die hochw. Kapitularen zur Kirche, indeß der Königl. Kommissarius zu Wagen durch die Domkapitularen Herren Gärth und Ritter in die Kirche begleitet wurde, wo derselbe im Presbyterium auf einem für ihn bereiteten Sessel seinen Platz nahm. Der hochwürdigste Herr Praeses Capituli, Weihbischof Latuffek, hielt nun am Hochaltare die feierliche heilige Geistesmesse. Unter der Messe empfingen sämmtliche Herren Prälaten und Canonici die heil. Kommunion. Nach der Messe wurde der Königl. Kommissarius von den Herren Domkapitularen Förster

und Elsler, Ritter und Gärth bis an die Kirchthür, und von beiden letztern zu Wagen bis in die fürstbischöfliche Residenz geleitet, worauf das Kapitel bei verschlossenen Thüren zur Wahl schritt. Nach Verlauf von 1 $\frac{1}{2}$ Stunden und erfolgter Einholung des Königl. Kommissarius, verkündigte Se. Hochwürden der Domkapitular Dr. Herber vor dem Hochaltare in Lateinischer, und von der Kanzel in Deutscher Sprache den zahlreichen Anwesenden die durch Stimmenmehrheit erfolgte Wahl. Die Feierlichkeit wurde demnächst mit einem solennen Tedeum, bei welchem die Domkapitularen Gärth und Ritter dem Herrn Weihbischof assistirten, geschlossen.

Königsberg den 11. Jan. Die Eisenbahn von Berlin bis Königsberg ist in gerader Richtung (nicht über Posen oder längs dem Strande) auf 36 Millionen Thaler veranschlagt. Die eisernen Brücken mit den Granitpfeilern aber zu 4 $\frac{1}{2}$ Millionen. — Von der Weiter-Abtheilung in Pillau sind wieder fünf Personen entwichen. (Königsb. Ztg.)

Münster. — So eben verbreitet sich die, allgemeine Sensation erregende Nachricht, daß der preussische Geschäftsträger am kurheffischen Hofe, Graf von Galen, aus dem Staatsdienste geschieden sei. Grund und Ursache sind zur Zeit noch unbekannt. Bekanntlich wurde derselbe vor Kurzem von dem Geschäftsträgerposten am schwedischen Hofe abberufen und nach Cassel designirt.

U n s l a n d.

D e u t s c h l a n d.

Ulm den 11. Jan. Gestern endete das öffentliche Schlußverfahren gegen den vormaligen Regimentsarzt Dr. Klein durch die Verurtheilung des Angeklagten zu sechsjähriger Zuchthausstrafe nebst Tragung der Hälfte der Untersuchungs- und Vertheidigungs-, sodann der Haft- und Wiederherbeschaffungskosten, letztere veranlaßt durch seine Flucht nach der Schweiz. Der Verurtheilte hatte sich in den letzten zehn Jahren in mehreren Oberämtern des Donaukreises wiederholt Geldgeschenke reichen lassen, um Conscriptionspflichtige bei der Musterung vom Militärdienst zu befreien.

München. — Die aus der „Ulmer Schnellpost“ in viele andere Zeitungen übergegangene Behauptung, es sei der Schulinspektor und Pfarrer an unserer heiligen Geistkirche, Kolb, in jüngster Zeit zur protestantischen Kirche übergetreten, beruht nicht einmal auf einer hiesigen Tageslüge, sondern gehört zu den böswilligen Erfindungen. Da nicht einmal der Name des genannten Geistlichen richtig geschrieben ist, bleibt an dem Ganzen nur wahr, was von dessen unantastbarem Rufe gesagt wird;

*) Derselbe ist ein geborner Westphale.

denn in der That genießt der Schulinspektor und Pfarrer Kolb hier die allgemeinste und größte Achtung und wird von dieser gewiß unzweideutige Be- weise erhalten, wenn er von Rom, wo er in diesem Augenblicke verweilt, wieder hier eingetroffen sein wird.

München. — Man hat bemerkt, daß unter Denen, die am Neujahrstage aus den Händen Sr. Majestät des Königs Ordens-Dekorationen erhiel- ten, so viel bekannt, sich nur ein einziger Pro- testant, General Graf Isenburg, also ein Militair, befindet, und daß kein einziges Mitglied des protes- tantischen Ober-Konfistoriums, kein sonstiger Pro- testant in München aus dem Kreise der höheren Ci- vil-Staatsdiener so wie der Gelehrten bedacht wurde. (Das wird die Augsb. Postzeitung gewiß in der Ordnung finden!)

Leipzig. — Bekanntlich war es Sachsen nicht gelungen, die im Jahre 1830 in politischer und ma- terieller Hinsicht errungene Volksvertretung auch in kirchlicher Beziehung zu erhalten. Das Cultmini- sterium allein übt bisher die Oberaufsicht über alle kirchlichen Angelegenheiten aus und selbst die zweite Kammer der Stände ist dafür verschlossen. Obgleich nun bei fast allen Vorkommenheiten das Sächsische Cultministerium den darin liegenden und daraus hervorgehenden Unterschied geschickt zu ordnen und nach Möglichkeit immer zu ebnen gesucht hat, so haben doch die Vorgänge in andern Staaten in der neueren Zeit gezeigt, wie nothwendig den evangelisch- protestantischen Christen auch in Sachsen eine freiere volksthümliche und auf gesetlicher Verfassung beru- hende Kirchenverfassung ist. Man will, indem man den Gemeinden kirchliche Rechte einräumt, die Theilnahme an denselben erhöhen und dem Stand der Geistlichen im Allgemeinen das mehr und mehr gesunkene Ansehen wieder geben, indem man sie an der Mitverwaltung Theil nehmen läßt und durch die eigene Wahl des Seelsorgers zwischen diesem und den Familien ein engeres Band herbeizuführen strebt.

Hamburg den 14. Jan. Die Beziehungen Hamburgs zum Zollverein sind jetzt Gegenstand ernstester und eifrigster Prüfung und Berathung. Bereits hat der Senat eine Commission ernannt, die sich mit diesem Gegenstande und mit der von Berlin gemachten Eröffnung beschäftigen, mit dem Commerceium conferiren, und auch die Ansichten aller sonstigen, sachkundigen Betheiligten entgegennehmen wird. (Wandsb. Int. Bl.)

Desterreich.

Wien den 9. Jan. Das neue Jahr hat uns abermals eine großartige Entschlie-ßung der Regie- rung in Beziehung auf den Eisenbahnbau gebracht. Die frühere Bestimmung der Verlängerung der Fer-

dinands-Nordbahn bis Böhmen ist nämlich durch den von der Staats-Konferenz genehmigten Antrag des Baron Kübel dahin ausgedehnt worden, daß diese Bahn auf Staatskosten über Lemberg bis Czernowitz in der Bukowina gebaut werden soll zum Anschluß an die von der russischen Regierung ans Schwarze Meer nach Odessa zu führende Bahn, welche ebenfalls bereits beschlossen ist. Bemerkens- werth ist die Energie, mit welcher diese Entschlie- ßung in Ausführung gebracht wird, da es nämlich bestimmt ist, daß die Tracirungen sofort vorgenom- men werden sollen und sodann der Bau gleich in Angriff zu nehmen sei, weil man diese östliche Linie früher ausführen will, als die ebenfalls bereits de- finitiv bestimmte westliche Staatsbahn von hier über Linz nach Bayern. Es ist die ausgesprochene Ab- sicht des Chefs des Eisenbahnwesens, vor Allem die Verbindungslinien mit den Meeren herzustellen, durch die südliche Bahn von Gräg nach Triest, die nördliche über Prag nach Dresden und von dort nach Stettin und Hamburg, endlich durch die er- wähnte östliche Linie ans Schwarze Meer. Da mit dem Beginn der besseren Jahreszeit die Prag-Dresde- ner Strecke bestimmt in Angriff genommen wird, so ist nicht zu zweifeln, daß spätestens im Jahre 1850 die erwähnten drei Hauptlinien des Staats-Eisen- bahn-Reges dem Betriebe geöffnet sein werden.

Frankreich.

Paris den 12. Januar. Der Adres-Entwurf der Pairs-Kammer ist gestern in derselben verlesen worden.

Große Aufregung herrscht im ultramontanen La- ger über die Nachricht, daß die Regierung zu dem Entschlusse gekommen sei, die Novizenhäuser der Jesuiten schließen zu lassen. Die Gesetzmäßigkeit einer solchen Maßregel an und für sich leidet nicht den mindesten Zweifel, aber es scheint schwer zu seyn, die rechtliche Form für die Vollziehung derselben zu finden. Das Wesen der Jesuiten, so wie über- haupt aller Mönchsklöster in Frankreich, ist gesetz- widrig, aber wie soll man dahin gelangen, diese Anstalten aufzuheben? Kann man jenen Männern ihr Zusammenleben und die Beobachtung einer ge- meinschaftlichen Regel verbieten? Unmöglich. Kann man sie zur Keuschenschaft zwingen wegen der Ablegung von Gelübden, die der Staat nicht anerkennt? Eben so wenig. Kurz, obgleich im Punkte des Klosterwesens der gesetzliche Grundsatz sehr einfach und sehr klar ist, so scheinen sich doch der Handhabung dieses Grundsatzes von Seiten des Staats ganz ernstliche Hindernisse entgegenzustellen. Darin mag eine Art von Rechtfertigung der Duldung liegen, welche die Französische Regierung bis jetzt, im Wi- derspruche mit dem Gesetze, den von allen Seiten

nen entstehenden Mönchsklöstern hat zu Theil werden lassen. Wo aber ist die Rechtfertigung der positiven Begünstigungen, deren sich mehrere Mönchs-Orden von ihrer Seite zu erfreuen gehabt haben, wie z. B. die Trappisten (ihr Gelübde ist ja: stumm zu seyn, mithin sind sie unschädlich!), denen man unter anderem in Afrika ausgebreitete und reiche Besitzungen eingeräumt hat?

Nicht blos Herr Villemain, sondern auch Herr Cousin hat Drohbrieife erhalten. Dieser besitzt bereits, wie man versichert, eine starke Anzahl solcher anonymen Zuschriften und beabsichtigt, dieselben zu veröffentlichen.

Was eine von der Gazette angekündigte Massregel gegen die Jesuiten betrifft, so vernimmt man, daß in Folge von Entdeckungen, zu denen die Instruktion eines Prozesses geführt, der General-Prokurator Hebert mit Hinsicht auf die Ausdehnung, welche gewisse Congregationen genommen, deren Bestehen in Frankreich vor noch nicht langer Zeit geleugnet worden war, an den Justiz-Minister ein Memoire richten zu müssen glaubte, worin er nach genauer Darlegung der Thatfachen die Frage stellt, ob nicht der Augenblick gekommen sei, die Geseze in Betreff dieser Congregationen in Vollzug treten zu lassen.

Der Pariser Univers, gewöhnlich gut unterrichtet in römisch-katholischen Angelegenheiten, enthält in seiner neuesten Nummer folgenden Artikel: „Es wird seit einiger Zeit in der politischen Welt sehr viel gesprochen von Zugeständnissen, die der heilige Stuhl der Britischen Regierung gemacht haben soll.“

Die schweizerischen Angelegenheiten ziehen hier in Paris eine ziemlich lebhafte Aufmerksamkeit auf sich. Es versteht sich von selbst, daß die antijesuitische Partei die öffentliche Theilnahme entschieden für sich hat. Was dagegen das Cabinet der Tuilerien betrifft, so soll dasselbe gemeinschaftlich mit Oesterreich durch seinen diplomatischen Einfluß die Sache des positiven Gesezes in Luzern und des eidgenössischen Rechts unterstützen. Man neigt sich hier übrigens stark zu der Ansicht, daß die letzte Stunde der alten Eidgenossenschaft nicht mehr fern sei und daß sich der schweizerische Bund wahrscheinlich schon in Folge der luzerner Wirren entweder in einige Republiken verschmolzen oder daß er im Gegentheil in ein katholisches und ein protestantisches Staatensystem auseinander fallen werde. (Letzteres scheint, wie die Sache liegt, fast unvermeidlich.)

Paris den 13. Jan. In der Pairskammer wurde vorgestern (wie oben gemeldet) der von der Commission redigirte Adresseentwurf durch den Berichterstatter Grafen Portalis, verlesen. Sollte die Adresse nach dem Vorschlag der Com-

mission votirt werden, so kann man sie für durchaus ministeriell ansehen. Die Berathung über den Entwurf hat nicht, wie man erwartet hatte, so gleich begonnen, sondern ist auf des Grafen Pelet Antrag auf heute, den 13. Januar, ausgesetzt worden. Eben dieser Pair und der Graf Montalambert haben sich einschreiben lassen, um über den Adresseentwurf im Ganzen zu sprechen.

Die „Debats“ publiciren heute auf achtzehn Foliospalten engsten Drucks nicht weniger als Sieben und vierzig Aktstücke, die Verhandlungen über Otaheiti und Marokko betreffend. Die Redner in beiden Kammern finden in diesen von der Regierung mitgetheilten officiellen Notizen, Correspondenzen und Berichten übersießenden Stoff zum Angriff wie zur Vertheidigung der Politik des Cabinets Guizot.

Die Madrider Blätter vom 6. Januar bringen wenig Neues; der Congress wollte am 7. seine Arbeiten wieder aufnehmen; vermuthlich ist das Budget vorgelegt worden. In den vier Provinzen der Generaleapitanerie Burgos hat man endlich den Belagerungsstand aufgehoben.

Paris den 13. Januar Abends. In der Pairs-Kammer hat heute die Berathung über den Adresse-Entwurf begonnen. Die Sitzung war interessant. Molé nahm das Wort, um sich offen und unumwunden gegen Guizot und seine Politik (die er als une politique à outrance bezeichnet) zu erklären; Guizot antwortete, sich zu vertheidigen; Molé duplicirte und Guizot trat noch einmal auf, ihn zu widerlegen; Vicomte Dubouché verlas eine geschriebene Rede, den Adresse-Entwurf zu bekämpfen; bei Abgang der Post hatte Graf Boissy das Wort. — Man kann sagen, daß nun die Opposition gegen Guizot — die Intrigue, wie die „Debats“ die neue Parteien-Coalition nennen, — ihren Angriffsplan darzulegen angefangen hat.

Man erfährt jetzt — sehr zur Unzeit! — daß Pritchard (von Otaheiti her bekannt) von der Engl. Regierung zu einem neuen Konsulat in der Südsee, nämlich auf den Navigations-Inseln, ernannt worden ist.

Schweiz.

Luzern den 7. Jan. (Basl. Z.) Auf vielfache und übereinstimmende Berichte über eine neue Säherung im Aargau hat sich die Regierung an den Vort gewendet und rüstet sich indessen, die Freischäären gehörig zu empfangen.

Es verbreiten sich hier zu Lande Gerüchte, als ob innerhalb 14 Tagen der zweite Akt des großen Luzerner Drama's aufgeführt werden sollte. Es stehen dieselben in Verbindung mit dem Berichte,

daß die Luzerner Flüchtlinge mit ihrem Gelde bereits zur Reize gekommen.

Luzern den 8. Jan. (Corr. d. Eidg. Ztg.) Die Freischaaaren im Kanton Aargau versammeln sich. Ein gestern Nachts aus dem Aargau von Schöftland hier angelangter hiesiger Bürger hat dort Schaaren Volks erblickt, darunter zahlreiche Bewaffnete. Immerfort zogen vereinzelte Bewaffnete auf diesen Sammelplatz. Auch aus unsern Gemeinden Büren und Triengen zogen einzelne, doch wenige Bewaffnete. Während der ganzen Nacht stand ein Vorposten der Freischärler an der Kantonsgrenze bei Triengen und hinderte den Durchpaß. Ebenso ist in Zosingen große Rührigkeit und Berichte von Reiden, einem Grenzorte des hiesigen Kantons in der Gegend von Zosingen, bestätigen das Vorhaben der Freischärler. Ob diese verzweifelten Menschen wirklich losziehen werden, steht dahin. Es könnte auch auf blinden Lärm abgesehen sein, doch ist das sehr zu bezweifeln. Es sind zu viele Indicien da, daß es Ernst werden dürfte. In dem hiesigen Kanton sind 3 Bataillone auf den Beinen, 1 Compagnie Scharfschützen und 1 Compagnie Artillerie wird morgen einrücken. Für den ersten Stoß mag das genügen.

Die „Staatszeitung“ enthält nur die wenigen Worte: In den letzten Tagen mehrten sich die Gerüchte in Luzern über einen bevorstehenden Freischaaarenzug. In Schöftland wollte man solche Banden entdeckt haben, nannte Kulm als deren Versammlungsort, zählte die Ochsen, welche, als Stärken des Mittel zum Brudermord, geschlachtet worden sein sollen. Auf Sursee sei es abgesehen, alles müsse beraubt und gemordet und dann auf den blutigen Trümmern Luzern's und der übrigen katholischen Kantone die Centralisation errichtet werden.

Luzern den 9. Jan. (N. Z. Z.) Der blinde Lärm von gestern hat sich wieder völlig gelegt, doch macht man auf dem Güttsch, einer die Stadt beherrschenden Anhöhe Verhaue, auch die Pallisaden am Seeufer werden wieder hergestellt, aber in einer solchen ehrerbietigen Entfernung von einander, daß man ein einziges Stück auszugiehen braucht, um mit dem größten Schiffe durchfahren zu können. Die furchtbaren Vertheidigungsanstalten soll der eidgenössische Oberstlieutenant Elgger leiten. Das Militair fängt an, ungeduldig und schwierig zu werden und es dürfte diese Ungeduld in geometrischer Progression von Tag zu Tag sich mehrten. Eine andere Verlegenheit sieht vor der Thüre. Das Staatsvermögen ist äußerst gering. In den Staatskassen befanden sich circa 200,000 Frkn., und begreiflich fängt der Boden sich zu zeigen an. Ueber die in Luzern liegenden eidgenössischen Kriegsgelder

darf man natürlich nicht disponiren. Ein Nothrecht wird sich schwerlich statuiren lassen. Es müßte ein solches auf Rechtsgrundsätze gebaut werden, wie das Dekret über das Vermögen der in Untersuchung Befangenen.

Glarus. — Nächsten Sonntag findet hier auf Einladung eine Versammlung freisinniger Männer statt, die sich über die Lage des Vaterlandes zu besprechen wünschen.

Aargau. (Eidg. Z.) — Die Bewegung in unserm Kanton nimmt wieder überhand, besonders seitdem der große Rath zu Luzern die Erledigung der Jesuitenfrage verschoben hat. Man spricht von 12—14,000 Mann (!), welche sich schriftlich verpflichtet haben, neuerdings einen Einfall in den Kanton Luzern zu machen.

Zürich den 9. Jan. (N. Z. Z.) Diesen Nachmittag versammelte sich der vorörtliche Staatsrath, vermuthlich in Folge der Depeschen, welche von Luzern eingetroffen sind. Es geht nämlich aus allen Berichten, welche uns aus dem Kanton Luzern und den Waldstätten zugekommen sind, hervor, daß daselbst seit gestern eine ähnliche Bewegung herrscht, wie dies in der Nacht vom 24. auf den 25. December abhin der Fall war. In Luzern waren wieder die brängligendsten Berichte aus dem Aargau angekommen und hatten die Aufstellung von 3 Bataillonen Infanterie nebst Specialwaffen, einige behaupten, auch das Aufgebot des Landsturms, veranlaßt. Es sind Gründe vorhanden, zu glauben, daß, wie im Kanton Schwyz, so auch in den übrigen Urkantonen, militärische Maßnahmen erfolgt sind. Ob diesmal mehr Ursache zu solchen Maßregeln vorhanden sei, als dies um Weihnachten der Fall war, wissen wir nicht genau; indessen möchten wir es bezweifeln, indem aus keinem der westlichen Kantone irgend welche Berichte von feindseligen Bewegungen der Luzernerflüchtlinge oder von Freischaaaren vorliegen.

Schwyz. Aus der March vom 8. Jan. N. Z. Z. So eben Abends 9 Uhr erscheint ein Eilbote von Schwyz mit dem Befehl, die Truppen auf das Piquet zu stellen. Worauf sich diese Maßregel stützt, ist noch unbekannt. Gleichzeitig ist der Kantonsrath versammelt.

Die vom Comité der Zosingerconferenz auf den 5. d. M. nach Langenthal ausgeschriebene Versammlung war, wie man erst jetzt vernimmt, von Eingeladenen aus den Kantonen Zürich, Bern, Glarus, Solothurn, Schaffhausen, Aargau und Thurgau besucht. Aus Graubünden, Tessin, Waadt, Neuenburg und Genf lagen Zuschriften vor, die sich mit dem Zwecke der Versammlung vollkommen einverstanden erklärten und das persönliche

Ausbleiben mit der Kürze der Zwischenzeit entschuldigten. Die unter Vorstz des Hrn. Seminardirektor Keller gepflogenen Verhandlungen hatten das Ergebnis, daß ein eidgenössisches Centralcomité aufgestellt und mit Vollziehung der Zosingerbeschlüsse beauftragt wurde. Das Centralcomité hat zunächst eine Erklärung an die Eidgenossen zu erlassen, 1) „daß die Antijesuitenbewegung nicht gegen die katholische Kirche und Religion, sondern gegen den der katholischen, wie der protestantischen Kirche und dem eidgenössischen Bunde gleich verderblichen Jesuitenorden gerichtet sei; 2) daß man nicht auf den Umsturz des 1815er Bundesvertrages ausgehe, aber versuchen wolle, ob man nicht durch diesen Bund das Ziel der Jesuitenausreibung erreichen könne.“

Schwyz. Der Kantonsrath hat am 7. Jan. die sofortige Organisation des Landsturms und Anwerbung eines Corps Freiwilliger für Bedienung des schweren Geschützes beschlossen.

Margau. (N. Z. Z.) Am 6. Jan. haben die vom Criminalgerichtspräsident Boffard als Verhörungsgehilfe, jedoch ohne Festsetzung eines bestimmten Termines, nach Luzern vorgeladenen Teilnehmer der Freischaaaren von Zosingen aus erwidert, daß sie zwar lediglich gegen die Jesuiten, deren Vertreibung sie als eine eidgenössische Aufgabe betrachten, ausgezogen seien, aber nicht ermangeln werden, mit ihren noch vorzuladenden Freunden und andern Bekannten in Luzern einzutreffen, um über ihrer Zug die angemessene Erklärung abzugeben.

Z t a l i e n.

(Fr. Bl.) Briefe aus Nizza vom 31. Dec. erstatteten Bericht von einem Vorfalle, dessen Schauplatz diese Stadt war, und welcher eine lebhafteste Sensation verursacht hat. Ein großer Ball wurde im Hotel von Frankreich durch Herrn Roberts, Banquier von London, in diesem Augenblicke zu Nizza wohnend, gegeben. Inmitten des Festes entspann sich ein Zwist zwischen einem Französischen Offizier und einem Offizier der Kaiserl. Russischen Garde. Der Französische Offizier gab dem letzteren in Folge einiger über eine junge Dame gemachten Ausdrücke eine Ohrfeige. Der Russische Offizier traf, indem er Schlag für Schlag seinem Angreifer wiedergeben wollte, einen Sardinischen Offizier, Adjutanten des Gouverneurs von Nizza. Von beiden Seiten forderte man Pistolen, und man beschloß, sich in einem der Zimmer des Hotels von Frankreich zu schießen. Der Gouverneur, bei Zeiten benachrichtigt, eilte herbei, um diesen Zweikampf zu verhindern. Gegner und Zeugen wurden in Verhaftstand gesetzt und ins Gefängnis gebracht. Der Gouverneur hat die Sache dem Könige vorgelegt. Man glaubt, daß die beiden fremden Offiziere den Befehl erhalten werden, das Land zu verlassen,

denn sonst würde man genöthigt sein, die sehr strengen sardinischen Gesetze über den Zweikampf gegen sie anzuwenden.

Florenz den 4. Jan. (A. Z.) Ihre Königl. Hoheit die Frau Prinzessin Albrecht ist heute früh von hier nach Rom abgereist, um dort den Karneval abzuwarten, dann nach Neapel und Sicilien zu gehen und in der heiligen Woche wieder nach Rom zurückzukehren.

M o l d a u.

Brody den 1. Jan. Mit Recht klagen in dem Frankfurter Journal die Moldau-Walachen über die geringe Theilnahme, welche ihnen von Deutschland aus wird, welches einst schmerzlich bedauern wird, diese Nation, welche ein besseres Loos verdient, ganz vernachlässigt zu haben. So wie die Russischen Ostsee-Provinzen der Deutschen Nation angehören, so könnten auch diese den Deutschen das schwarze Meer öffnen, da hier Raum genug für Deutsche Colonisten ist, auch bereits sehr viele Deutsche hier wohnen, und viele Eingeborne Deutsch sprechen. Hätte Deutschland diesen Ländern einige Aufmerksamkeit geschenkt, so würden sie sich nicht seit den letzten Jahren ganz der Französischen Nation zugewandt haben. Sonst gewesen viele Moldau-Walachen ihre Erziehung in Wien, jetzt meist in Paris. Besonders aber seit Oesterreich dem Minister Guizot erklärte, daß die Ordnung der Serbischen Angelegenheiten eine rein Russische Frage sei, seitdem haben unsere Nachbarn in den Donau-Fürstenthümern alle Hoffnung verloren, daß ihnen von ihren westlichen Nachbarn Hilfe kommen dürfte. Mit dem 1. Januar alten Styls wird endlich die Quarantaine zwischen Russland und der Moldau am Pruth aufgehoben, was für den Handel sehr bedeutend ist; aber da man dort täglich eine Aenderung der Dinge fürchtet, erwartet man den Einmarsch eines Russischen Truppen-Corps, worüber aber hier nichts verlautet. Den armen Moldau-Walachen ist eben wohl nicht zu verdenken, wenn sie stets auf das Schlimmste gefaßt sind.

T ü r k e i.

Konstantinopel den 26. Dec. (A. Z.) Die Berichte des Groß-Admirals Halil Pascha an die Pforte über die Gestaltung der Zustände im Libanon waren beim Abgang der letzten Post so eben angekommen. Sie enthalten die Anfrage, ob er die Christen der gemischten Distrikte, die durch keine Vorstellungen dahin zu bringen seien, sich ihren alten Todfeinden, den Drusen, selbst in die Hände zu liefern, hierzu mit gewaffneter Hand zwingen solle oder vielleicht ihrer Bitte, sie lieber unmittelbar unter die Gerichtsbarkeit des Pascha von Saïda (Beilage.)

Beilage

zur

Zeitung für das Großherzogthum Posen.

N^o 16.

Montag den 20. Januar.

1845.

zu stellen, Gehör geben dürfe. Diese Berichte wurden augenblicklich dem Sultan unterlegt und werden, sobald sie aus dem Mabain (großherrlichen Kabinet) zurückgelangt sind, im Reichs-Conseil den Gegenstand einer eigenen Konferenz bilden. Salil Pascha hat einstweilen Deir el Kamr mit einem Truppen-Corps von 2500 Mann besetzt und erwartet gerüstet und schlagfertig die Befehle des Divans. Die Drusen, aus deren Verwaltung das künftige Heil des südlichen Libanons ersprießen soll, sind so uncinig unter sich, und die Spaltung zwischen ihren beiden Parteien, den Dschumblaties und Yesbegies, ist so groß, daß ihre Haupter, weit entfernt, das Regiment über die Christen übernehmen zu können, nicht im Stande sind, ihre eigenen Stämme in Ordnung zu halten.

A e g y p t e n.

Hr. Waghorn, der gegenwärtig in Bombay sich befindet, sucht dort Aktionäre für die Gesellschaft zu interessiren, welche sich zu Kairo mit dem Transit nach Suez beschäftigt. Indes hat sich in eben dieser Stadt eine durch den Vicekönig berufene, und durch Scherif Pascha präsidirte Versammlung für den Transport durch die Wüste gebildet, und den Titel: „Transit-Kompagnie Ibrahim Pascha“ angenommen. Das Betriebs-Kapital derselben wird $1\frac{1}{2}$ Million Francs betragen, wovon 125,000 Fr. zum Bau eines Englischen, 500 Personen fassenden Hotel's, zu Kairo, und eben soviel für ein Hotel in Suez verwendet werden sollen. Der Rest wird für Transportmittel ausgegeben werden. Bei der Waghorn'schen Gesellschaft zahlt man für die Reise von Kairo nach Suez den hohen Preis von 300 Fr., die neue Aegyptische Gesellschaft wird mäßigere Sätze annehmen. Zwei neue Dampf-Vote, Albar und Semiramis sind auf der Linie vom Bombay nach Suez in Dienst getreten, und der Bau zweier Dampf-Fregatten, jede von 500 Pferdekraft für den nämlichen Zweck, ist abgeschlossen worden.

Vermischte Nachrichten.

Posen den 16. Januar. (Eingef.) Vor mehreren Jahren hat der Erlaß eines Hohen Ober-Präsidenten anerkannt, daß die katholischen Geistlichen in ihrem Rechte sind, wenn sie verlangen, daß die

Taufpöthen katholisch seien. Die Pöthenchaft legt die Verpflichtung auf, für die religiöse Erziehung des Töufslings Sorge zu tragen; einem Katholiken, welcher seinem Bekenntnisse aus Ueberzeugung anhängt, kann es nicht zugemuthet werden, daß er, wenn die Eltern des Kindes sterben, sich für dessen Erziehung in einer Confession, die er grundsätzlich verwirft, mit dem erforderlichen Eifer interessire. Die Seelsorger beider Confessionen dürften hierüber Erfahrungen gemacht haben. Es ist darum nicht unbedingt lieblose Intoleranz zu nennen, wenn verlangt wird, daß Pöthen, welche durch das Band der Wiedergeburt zu dem Töufsling in das Verhältniß einer geistlichen Vaterschaft (patritas) treten, dem katholischen Bekenntnisse angehören. Ein Verfahren nach Grundsätzen stößt freilich leicht an, und jene Willfährigkeit, die sich so gern Liebe nennt, dürfte gerade von denjenigen am leichtesten an den Tag gelegt werden können, welche es mit Ueberzeugung und Grundsätzen nicht streng nehmen. Von der Glaubens- und Gesinnungstreue darf die Liebe sich nicht trennen, wenn sie die höchste der Tugenden sehn will; ist es doch gerade der Glaube, welcher durch die Liebe thätig ist (Gal. 5, 6.). Bei dem Allen ist Referent nicht gesonnen, das Verfahren zu billigen, über welches (in der heutigen Zeitung) der Freibauergutsbesitzer Friedrich in Oberthiendorf sich beklagt. Da einmal auch katholische Pöthen anwesend waren, so konnte das genügen, mehr als Ein, höchstens zwei Pöthen werden nicht erfordert. Dies Verfahren des Geistlichen muß als unerleuchteter Eifer bezeichnet werden. Aber wir wissen freilich nicht, ob er nicht geglaubt hat, ein Exempel statuiren zu müssen, nachdem er die bestehenden Grundsätze öffentlich, aber vergeblich, besprochen hatte; das würde die Maßregel erklärlich machen, wenn auch nicht unbedingt rechtfertigen.

Posen. — Obwohl bisher schon so Vieles in den öffentlichen Blättern im Auslande von Vereinen zur Bekämpfung des Lasters der Trunkenheit geschrieben wurde, so hat man von dergleichen im Großherzogthum Posen außer der Stadt Kempen, Etwas zu erwähnen, ganz unterlassen. Ist denn in dieser Provinz hinsichtlich dessen in der That Nichts gethan worden? Dies soll Nachstehendes nachweisen.

Am 6ten Januar v. J., als am Festtage der heil. drei Könige, forderte der Pfarrer und Dekan Fraustädter Kreises, Herr Jaxiewicz in Okuzyn, Kossener Kreises, seine Pfarrkinder in einer von ihm gehaltenen Predigt über die Folgen des Branntweingenußes auf, sich gegen den Feind des Leibes und der Seele zu rüsten, und dem Genuße aller gebrannten spirituellen Getränke zu entsagen. Sein Aufruf war nicht ohne Erfolg, denn sein Verein zählt gegenwärtig über 1200 Mitglieder.

Nach diesem bildeten sich dergleichen Vereine in folgenden Kirchsprengeln:

- 1) in Bukwiz, Fraustädter Kr., am 30. Jan. v. J.,
- 2) = Brenno, dto. dto., = 29. März dto.
- 3) = Mitkloster, Pomsker dto., = 23. April dto.
- 4) = Priment, dto. dto., = 29. Juni dto.
- 5) = der Stadt Kempen u.

Baranow, Schildb. dto., = 30. Juni dto.
 6) = Olszowo, dto. dto., = 16. Aug. dto.
 7) = Rothdorf, Kossener dto., = 1. Septbr. dto.
 8) = Kriewen, dto. dto., = 2. Septbr. dto.
 9) = Posen, Posener dto., = 17. Aug. dto.
 und außer diesen noch in mehr als 20 Kirchsprengeln, welche sämmtliche schon mehr als 20,000 Mitglieder zählen.

Hieraus wird Jeder erkennen, daß unsere Provinz auch hierin nicht ganz zurück sei. Wie löblich der Zweck dieser Vereine ist; läßt sich durch die aus denselben hervorgehenden Folgen darthun, und diese sind gewiß nicht zu verkennen, denn die Mitglieder fühlen sich gesünder, das Glück und der Wohlstand hebt sich, der Gottesdienst wird fleißiger besucht, Unzucht, Betrügereien, Diebstahl, Schlägerei und Prozesse verschwinden, im ehelichen Leben herrscht mehr Liebe, Friede und Eintracht, unter den Kindern zeigt sich mehr Achtung und Gehorsam gegen ihre Eltern, kurz, Arm und Reich fühlt sich glücklicher.

F. D.

Breslau den 15. Jan. Wie diesen Vormittag an mehreren Orten erzählt wurde, sollen sämmtliche Schlossergesellen ihren Meistern die Arbeit gekündigt und sich bereits feitig gemacht haben. Als Grund hörten wir angeben, die Schlossermeister hätten für das bisherige Lohn eine tägliche Verlängerung der Arbeitszeit um $1\frac{1}{2}$ Stunde verlangt. Wir behalten uns nähere Mittheilungen vor.

Aus Ostpreußen, im Januar. Bei Anwesenheit der Militär-Ersatz-Kommission in Lyk hatte sich der Veteran Jaromin aus Panistruga, 95 Jahre alt, vor der Kommission eingefunden und dieselbe gebeten, sich dahin zu verwenden, daß ihm eine Erhöhung seiner Pension bewilligt werde. Diese durch die Zeitungen veröffentlichte Thatsache veranlaßte den Kreisdeputirten v. Heine auf Kruschwitz

bei Inowracław, durch das Landraths-Amt in Lyk dem Greise ein Geschenk von 3 Thalern zu machen und ihm Aufnahme bei sich, Pflege und Bekleidung bis an sein Lebensende, so wie Geld zur Reise mit der Post, anbieten zu lassen. Sollten aber den Veteranen Familienbände an seinen bisherigen Wohnort fesseln, so würden ihm von dem Herrn v. Heine monatlich 15 Sgr. bewilligt. — Jaromin hat zu Protokoll gegeben, daß er der Einladung folgen wolle. — Dergleichen patriotische Handlungen verdienen öffentliche Bekanntmachung und Anerkennung.

Aus Berlin läßt sich die Aachener Zeitung berichten, daß Robert Prug wegen seiner „literarischen Wochenstube“ des Hochverraths und der Majestätsbeleidigung angeklagt sei.

Wie die Elberfelder Zeitung berichtet, sind von Elberfeld 415 Rthlr. nebst einer Adresse an Herrn Ezercki und seine neue Gemeinde am 11. Januar abgesendet worden.

(München.) Eine höchst interessante Geschichte giebt jetzt den Einwohnern Münchens viel Stoff zur Unterhaltung. Es ist nemlich die Frau eines ehemaligen Schneiders, jetzt Privatiers Hilpert, plötzlich eine Fürstin geworden. Die Sache verhält sich folgendermaßen: Ein reicher römischer Fürst lebte mit seiner jungen Gemahlin in Brüssel, ohne einen männlichen Erben zu bekommen. Als die Fürstin wieder guter Hoffnung ward, wurde ihr mit Verstoßung gedroht, wenn sie keinen Sohn gebären würde. Unglücklicherweise wurde sie von einem Mädchen entbunden, doch brachte zu gleicher Zeit die Frau eines jüdischen Kaufmanns H. einen Knaben zur Welt, und die beiden Kinder wurden vermittelt der Hebamme vertauscht. Der Knabe starb in seinem sechsten Jahre, das Mädchen aber ward hierher gebracht, durch die bedeutende Unterstüßung seiner ächten Mutter glänzend erzogen, und in jeder Weise ausgebildet. Unterdeß starb die Fürstin, und mit ihrem Tode hörten die bedeutenden Bezüge aus ihrer Kasse für die H'schen Eheleute auf, die in ihrem Vermögen immer tiefer sanken. Das Mädchen wurde an einen jüdischen Kaufmann, Namens Sch., verheirathet, der sich aber von ihr scheiden ließ. Sie wurde dann Haushälterin bei Herrn v. Spergel, und von da bei dem Schneider Hilpert, der sie, nachdem sie Christin geworden war, heirathete und zwei Knaben mit ihr zeugte. Unterdeß starb die Hebamme, nachdem sie einem Geistlichen die ganze, nur ihr allein noch bekannte Geschichte gebeichtet, und die in ihren Händen befindlichen Dokumente ihm übergeben hatte. Seit drei Jahren wurden nun alle möglichen darauf bezüglichen Recherchen gemacht, und bereits hat

der noch lebende Vater der Frau ste als Tochter anerkannt, und ihre Kinder als die Erben seines unermesslichen Reichthums eingesetzt. Dem Vernehmen nach, steht er im Begriff, hier ein Hotel anzukaufen, um hierher zu ziehen. — Versuche, den Privatier Hilpert zu bewegen, um ein Adelsdiplom sich zu bewerben, sollen bis jetzt am schlichten Sinne dieses Mannes gescheitert sein. (Nürnb. Corresp.)

Im Leipz. Tagblatt thut Einer an die Juristen und Männer des Buchhandels und der Censur folgende Frage: „In Leipzig ist ein Schriftchen von Ronge, nachdem es vom Censor die Druckerslaubniß erhalten hatte, mit Beschlagnahme belegt worden. Offenbar ist letzteres mit Bezug auf § 13 der Verordnung die Angelegenheiten der Presse betreffend, vom 5. Febr. 1844 geschehen, wo es heißt, daß „die Censur der von römisch-katholischen Glaubensverwandten verfaßten katholisch-geistlichen Schriften dem katholisch-geistlichen Consistorium zu Dresden und dem domstiftlichen Consistorium zu Budissin verbleibe.“ — Nun ist aber Ronge nicht nur aus der Römisch-katholischen Kirche freiwillig ausgetreten, sondern er ist aus derselben vermöge der Exkommunikation gestossen worden. Kann man ihn denn also vernünftigerweise als einen „Römisch-katholischen Glaubensverwandten“, auf den obige Bestimmung Anwendung leide, betrachten? Und kann das katholisch-geistliche Consistorium zu Dresden und das zu Budissin die Censur über Ronge und seine Schrift, nachdem er aus der Römisch-katholischen Kirche geschieden, handhaben?“

Stadt-Theater zu Posen.

Montag den 20. Januar: Der Vater der Debutantin, Lustspiel in 4 Aufzügen von A. Herrmann. — Vorher: Die Leibrente, Schwank in 1 Akt von A. Maltiz. (Herr Koch, vom Stadttheater zu Riga: Windmüller und Robert, als Gast.)

Dienstag den 21. Januar: Der verwunschene Prinz. (Wilhelm: Herr Stolz.) — Vorher: Das Portrait der Geliebten, Lustspiel in 3 Akten.

Nothwendiger Verkauf.

Ober-Landesgericht zu Posen.

Das Rittergut Magnuszewice, im Kreise Pleschen, abgeschätzt auf 34,530 Rthlr. 13 Sgr. 4 Pf., exclusive des auf 3067 Rthlr. 25 Sgr. gewürdigten, dem Substanzwerthe nach mit zu veräußernden Forsten, soll

am 23ten Juni 1845 Vormittags um 10 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Die Taxe nebst Hypothekenschein und Bedingungen können in unserm IV. Geschäfts-Bureau eingesehen werden.

Die dem Aufenthalte nach unbekannten Gläubiger und Interessenten, namentlich die v. Rembowski'sche Familie, die Anna v. Moskorzewska, ge-

borne v. Rembowski, — der Pächter Albert v. Kryger, — die Seraphina v. Lipska, geborne v. Bialkowska, und die Erben ihres Ehemannes, — der Dominik von Bialkowski — der Marcell v. Przepalski — die verwittwete Frau Margaretha von Kalkreuth und die von Kalkreuth'schen Minorennen, werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Posen, am 10. December 1844.

Königliches Ober-Landesgericht
I. Abtheilung.

Ediktal = Citation.

Der Gutspächter Alexander von Zurawek, welcher sich zuletzt in Zwno, Schubin's Kreises, aufgehalten, und seit dem Jahre 1799 keine Nachricht von sich gegeben hat, so wie die von ihm etwa zurückgelassenen unbekannten Erben und Erbnehmer werden hiermit aufgefodert, sich in dem auf

den 22ten September 1845 Vormittags 11 Uhr

vor dem Herrn Land- und Stadtgerichts-Rath Schadenberg in unserm Gerichts-Lokale anberaumten Termine schriftlich oder persönlich zu melden und weitere Anweisung zu erwarten, widrigenfalls der Alexander v. Zurawek für todt erklärt und das von ihm zurückgelassene Vermögen den gesetzlichen Bestimmungen gemäß verwendet werden wird.

Bromberg, den 5. November 1844.

Königliches Ober-Landesgericht.
II. Abtheilung.

Ediktal = Citation.

Nachstehende Verschollene:

- 1) der Bäcker Johann Friedrich Ludwig Hesse, geboren am 22. August 1787 hieselbst, welcher zuletzt im Jahre 1833 aus Rußland geschrieben hat,
- 2) der August Christoph Wilhelm Jentz, geboren den 11ten März 1797 hieselbst, welcher sich im August 1824 heimlich von hier entfernt hat,
- 3) der Tuchmachermeister Johann Peter Christian Lüder, geboren am 17ten Januar 1776 hieselbst, welcher sich im Jahre 1809 von hier entfernt hat und nach Rußland begeben haben soll,
- 4) die Johanna Dorothea Elisabeth Lüder, geboren am 19ten December 1807 hieselbst, eine Tochter des ad 3. genannten, welche ihrem Vater im Jahre 1816 gefolgt, unterwegs aber gestorben sein soll,
- 5) der Schuhmachermeister Georg Krebs hieselbst, der sich im 75ten Jahre, im Jahre 1829 von hier entfernt hat, ohne Nachricht von sich zu geben,
- 6) die unverheirathete Anna Elisabeth Köhler aus Theesen, welche seit 1815 von hier entfernt ist und in Magdeburg gestorben sein soll,

oder deren unbekannte Erben, werden auf den Antrag ihrer Kuratoren, resp. der dabei theilhaftigen Interessenten hierdurch öffentlich vorgeladen, sich vor oder spätestens in dem auf

den 22ten April 1845 Vormittags um 10 Uhr

vor dem Herrn Land- und Stadtgerichts-Rath

Börsen an Gerichtsstelle angelegten Termine persönlich, oder durch zulässige Bevollmächtigte, wozu die Herren Justiz-Commissarien Herzbruch und Grüel vorgeschlagen werden, sich zu melden und zu legitimiren, widrigenfalls sie für todt erklärt und ihr zurückgelassenes Vermögen deren nächsten Verwandten, oder in deren Ermangelung dem Fiscus, als herrenloses Gut zugesprochen werden wird.

Burg den 19ten Juni 1844.

Königl. Land- und Stadtgericht.

Bekanntmachung.

In der Nacht vom 2ten zum 3ten Oktober d. J. hat der Bauwächter Schmidt zwei blau und weiß farbte Kopfstücken auf dem Hofe der hiesigen Festungsbau-Direktion am Kanonenplatze gefunden.

Dieselben scheinen gestohlen zu seyn, und wir fordern daher den Eigenthümer derselben auf, sich binnen vier Wochen in unserm Geschäftszimmer No. 5. während der Dienststunden zu melden und seine Rechte daran nachzuweisen, widrigenfalls die Kopfstücken als herrenloses Gut verkauft werden.

Kosten werden hierdurch nicht veranlaßt.

Posen, den 29. November 1844.

Königliches Inquisitoriat.

Ungar-Wein-Auktion.

Donnerstag den 23sten Januar Vormittags von 10 und Nachmittags von 3 Uhr ab, sollen im Auktions-Lokal am Sapieha-Platz No. 2., 1000 Flaschen echter Ungarwein, so wie auch in Parthien à 6 und 12 Flaschen an den Meistbietenden gegen gleich baare Zahlung in Preuß. Cour. versteigert werden.

A n s c h ü ß ,

Hauptmann a. D. und R. Aukt.-Comm.

Ein neues Flügel-Pianosorte, vorzüglich gut im Ton, steht wieder bei Unterzeichnetem zum Verkauf; desgleichen ein gebrauchtes tafelförmiges Forte-Piano.

Carl Eke, Instrumentenbauer,

Bergstraße Nr. 8. der Posthalterei gegenüber.

Beachtungswerth für Damen.

Unterzeichnete Stroh-Hut-Fabrik und Bleiche in Berlin ist schon jetzt bereit, alte Reis- und Stroh-Hüte zum modernen Umnähen und Waschen zu übernehmen, um sie noch vor Ostern zurückzuschicken, wenn selbige baldigst der Putz-Handlung von J. Meßke zu Posen, alten Markt No. 41. in der Wagner'schen Apotheke, abgegeben werden. Die Preise sind auffallend billig. S. W. K o c h.

Einige große Schüttungen, dicht am Warthe-Flusse, können noch sofort verpachtet werden bei

J. Seidemann,
Hinter-Wallischei No. 5.

Der hiesige Handelsjude Hirsch Knaster, Halldorfstraße No. 100., hat sich von mir zwei Schuld-

scheine d. d. Posen den 1sten Juli 1844, einen jeden über 40 Rthlr. Courant, zu erschleichen gewußt, die ich in Erwartung der erst zu leistenden Zahlung unterschrieben habe.

Da ich auf obige Schuldscheine bis jetzt kein Darlehn von dem ic. Knaster gezahlt erhalten habe, so warne ich Jedermann vor dem Ankauf dieser Schuldscheine, wobei bemerkt wird, daß diese Sache von mir bereits rechtsanhängig gemacht worden ist.

Der Hauseigenhümer und Bäckermeister

Joseph Weber,

Posen, Wallischei No. 77 wohnhaft.

Von der Schulstraße bis auf die Breslauerstraße ist eine Cachemir-Vellerine von einer Enveloppe, bronzenener Couleur und mit geblütem seidnen Futter verloren worden. Abgeber derselben erhält vom Wirth des Hauses No. 14. Breslauer-Straße eine Belohnung.

Am 15. d. M. ist ein weißer starker mit großen braunen Flecken gezeichneter Hühnerhund, welcher auf den Namen Baron hört, verloren gegangen; derselbe hat am Hinteropfe einen flechtenartigen Ausschlag. Der ehrliche Finder wird ersucht, denselben sub Nr. 62. St. Martin gegen eine angemessene Belohnung abzugeben.

Posen, den 16. Januar 1845.

Börse von Berlin.

Amtlicher Fonds- und Geld-Cours-Zettel.

Den 16. Januar 1845.	Zins-Fuss.	Preuss. Cour. Brief.	Geld.
Staats-Schuldscheine	3½	100½	99½
Präm.-Scheine d. Seehandlung .	—	94½	93½
Kurm. u. Neum. Schuldversch.	3½	—	99½
Berliner Stadt-Obligationen . .	3½	—	99½
Danz. dito v. in T.	—	48	—
Westpreussische Pfandbriefe . .	3½	98½	98½
Grossherz. Posensche Pfandbr. .	4	—	103½
dito dito	3½	—	97½
Ostpreussische dito	3½	—	100
Pommersche dito	3½	100½	100
Kur- u. Neumärkische dito . . .	3½	—	100½
Schlesische dito	3½	100	—
Friedrichsd'or	—	13½	13½
Andere Goldmünzen à 5 Thlr. .	—	11½	11½
Disconto	—	3½	4½

A c t i e n .

Berl. Potsd. Eisenbahn	5	195½	—
dto. Prior. Oblig.	4	—	—
Magd. Leipz. Eisenbahn	—	—	—
dto. Prior. Oblig.	4	—	103½
Berl. Anh. Eisenbahn	—	151½	—
dto. Prior. Oblig.	4	102½	—
Düss. Elb. Eisenbahn	5	—	96
dto. Prior. Oblig.	4	—	98
Rhein. Eisenbahn	5	90	98
dto. Prior. Oblig.	4	—	98½
dto. vom Staat garant.	3½	98	—
Berlin-Frankfurter Eisenbahn .	5	—	—
dito. Prior. Oblig.	4	—	—
Ob.-Schles. Eisenbahn	4	—	119½
do. do. Litt. B. v. eingez. .	—	110½	—
Berl.-Stet. E. Lt. A. und B. . . .	—	125	124
Magdeb.-Halberstädter Eisenb.	4	111	110
Bresl.-Schweid.-Freibg.-Eisenb.	4	—	—
dito. Prior. Oblig.	4	—	—
Bonn-Kölner Eisenbahn	5	—	—